

## Aktionsbündnis NRW zur „Rettung der Krankenhäuser – Der Deckel muss weg!“ Finanzielle Soforthilfe für Krankenhäuser dringend notwendig

Ein Ende der gravierenden Unterfinanzierung der Krankenhäuser hat das in Nordrhein-Westfalen bisher einmalige Aktionsbündnis zur „Rettung der Krankenhäuser – Der Deckel muss weg!“ am 13. August 2008 auf der Auftaktpressekonferenz in Düsseldorf gefordert. In diesem Aktionsbündnis haben sich unter Federführung der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen (KGNW) elf weitere Institutionen und Verbände der Krankenhäuser und ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zusammengeschlossen, um für eine Lösung der systematischen finanziellen Unterdeckung der Krankenhäuser als Folge der Deckelung der Krankenhausbudgets einzutreten.

Gemeinsam fordern die im Bündnis NRW vertretenen Institutionen und Verbände mit Nachdruck als Sofortmaßnahmen von Bund und Ländern

- Stoppt die Kürzungen,
- Weg mit dem Deckel auf den Krankenhausbudgets,
- Ausgleich für steigende Energie- und Sachkosten,
- Gegenfinanzierung der Tariflohnsteigerungen,
- Mehr Geld für Arbeitsplätze und Nachwuchssicherung.



v.l. Volker Heiliger, Pressesprecher der Ärztekammer Westfalen-Lippe; Dr. med. Günter R. Clausen, Vorsitzender der Dienstnehmervvertretung der Arbeitsrechtlichen Kommission des Deutschen Caritasverbandes in NRW; Sabine Menze, Verband kirchlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Rheinland-Westfalen-Lippe; Sylvia Bühler, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft – ver.di Landesbezirk Nordrhein-Westfalen; Richard Zimmer, Geschäftsführer der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen; Dipl.-Kfm. Karsten Gebhardt, Präsident der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen; Uli Silberbach, stv. Vorsitzender der dbb beamtenbund und tarifunion; Rudolf Henke, Vorstandsmitglied der Bundesärztekammer und 1. Vorsitzender des Marburger Bundes – Bundesverband und Landesverband NRW/Rheinland-Pfalz; Ludger Risse, Vorsitzender des Pflgerats NRW; Wiltrud Karbe, Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft der Mitarbeitervertretungen des Diakonischen Werkes der Ev. Kirche von Westfalen; Chefarzt Prof. Dr. Dietrich Paravicini, Verband der leitenden Krankenhausärzte Deutschlands/Landesverband NRW; Dr. Josef Dülings, Vorsitzender der Landesgruppe NRW des Verbandes der Krankenhausdirektoren Deutschlands

„Die Deckelung der Krankenhausbudgets muss sofort aufgehoben werden, um die wirtschaftliche Existenz der Krankenhäuser zu sichern“, erklärte der Präsident der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen (KGNW) und Initiator dieses Bündnisses, Karsten Gebhardt. Die permanenten Finanzprobleme der Krankenhäuser durch Anbindung an die Grundlohnrate müssten durch eine sofortige Umstellung der Finanzierungsgrundlagen der Krankenhäuser auf der Grundlage realistischer Kosten der Krankenhäuser und voller Einbeziehung von Tarifabschlüssen beendet werden.



*Dipl.-Kfm. Karsten Gebhardt, Präsident der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen*

Der KGNW-Präsident betonte, dass die Patientenversorgung aufgrund der massiven Unterfinanzierung der Krankenhäuser aufs Höchste gefährdet sei und hob die besondere Bedeutung der Krankenhäuser für die Sicherung der medizinischen Versorgung in Deutschland hervor. So sorgten über 230.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie 18.000 Auszubildende in den Kliniken in Nordrhein-Westfalen für eine wirtschaftliche, wohnortnahe Gesundheitsversorgung auf höchstem Qualitätsniveau. An mehr als 400 nordrhein-westfälischen Krankenhäusern in kirchlicher, öffentlicher und privater Trägerschaft seien hoch engagierte Mitarbeiter/innen rund um die Uhr für die Gesundheit ihrer Patienten im Einsatz.

Gebhardt forderte die Politik auf, sich endlich ihrer Verantwortung für die Krankenhäuser zu stellen und die Krankenhäuser durch die von ihr zu verantwortenden Kürzungen und die gesetzlich verordneten Vergütungsbegrenzungen auf die seit Jahren unter 1 Prozent liegende Grundlohnrate nicht länger ausbluten zu lassen. Die dramatischen Kostensteigerungen, die Mehrwertsteuererhöhung, die Sach- und Energiekostensteigerungen sowie die zu verkraftenden Tarifierhöhungen für Klinikärzte im Jahr 2007 und der Tarifabschluss für 2008/2009 und seine Nachwirkungen belasteten die Krankenhäuser in NRW für die Jahre 2008/2009 mit circa 1,8 Milliarden Euro.

Die Krankenhäuser in NRW brauchten allein zur Refinanzierung der unabänderlichen Personalkostensteigerungen circa 950 Millionen Euro für die Jahre 2008 und 2009. Dem stünden Vergütungserhöhungen von lediglich circa 220 Millionen Euro für die NRW-Kliniken gegenüber, betonte der KGNW-Präsident. Wenn hier von der Politik nicht gegengesteuert werde, führe der Weg geradezu in die Rationierung der Versorgung, die schon heute deutlich spürbar sei. Die KGNW sei besorgt, um die Leistungsfähigkeit der Krankenhäuser und um die immer größer werdenden Belastungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. So müssten die jährlich rund vier Millionen Patienten in NRW in immer kürzerer Zeit von immer weniger Personal in den Krankenhäusern versorgt werden. In den letzten zehn Jahren sei die Beschäftigtenzahl in NRW-Krankenhäusern um rund zehn Prozent gesunken. Die Zeit für das wichtige persönliche Gespräch mit den Patienten fehle und jeder zweite Patient beklage nach Umfragen über mangelnde Betreuung durch Ärzte und Pflegepersonal im Krankenhaus.

Sylvia Bühler, beim ver.di-Landesbezirk zuständig für das Gesundheitswesen, ging auf die Situation der Patienten und der Beschäftigten in den Krankenhäusern ein. „Das Klinikpersonal hat ein Recht auf anständige Bezahlung. Lohnsteigerungen müssen gegenfinanziert werden, sonst verlieren die Berufe im Gesundheitswesen noch mehr an Attraktivität“, betonte Sylvia Bühler. „Die Krankenhäuser dürfen nicht kaputt-



Sylvia Bühler, Fachbereichsleiterin Gesundheit der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft – ver.di Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

- **Finanzielle Soforthilfe für Krankenhäuser dringend notwendig**
- **Das Aktionsbündnis NRW zur „Rettung der Krankenhäuser – Der Deckel muss weg!“**
- **Resolution des Aktionsbündnisses NRW**
- **Auf nach Berlin!!**
- **Reaktionen der CDU-Landtagsfraktion und der Grünen im Landtag NRW auf das Aktionsbündnis NRW**
- **Vielfältige Aktionen der nordrhein-westfälischen Krankenhäuser im Rahmen des Aktionsbündnisses zur „Rettung der Krankenhäuser – Der Deckel muss weg!“**
- **Krankenhausinvestitionen in NRW erneut in der Diskussion**

gespart werden. Patienten brauchen neben Medikamenten und Medizintechnik auch ausreichend Klinikpersonal, das Zeit für sie hat.“

So erleben gut vier Millionen Patienten jährlich in NRW während ihres stationären Aufenthaltes in den 432 Krankenhäusern, dass die pflegerische und ärztliche Zuwendung aufgrund der massiv angestiegenen Arbeitsverdichtung und -intensivierung immer knapper ausfällt.

„Wie stark allein der Arzt-Patienten-Kontakt mittlerweile leidet, verdeutlicht ein internationaler Vergleich“, erklärte Rudolf Henke, Vorstandsmitglied der Bundesärztekammer und 1. Vorsitzender des Marburger Bundes – Bundesverband und Landesverband NRW/Rheinland-Pfalz. „In Großbritannien kommen auf einen Klinikarzt im Jahr 120 Patienten-Entlassungen, in Norwegen 102 und in der Schweiz sogar nur 69. In der Bundesrepublik leisten Klinikärzte dagegen Akkordarbeit. Ärzte haben hierzulande deutlich weniger Zeit für ihre Patienten. Jeder einzelne Arzt entlässt statistisch 146 Patienten pro Jahr.“ Wenn sich die finanzielle Ausstattung der Krankenhäuser nicht deutlich verbessere, drohe weiterer Personalabbau, so Henke. „Die heute schon nicht mehr überhörbaren Klagen der Patienten würden sich dadurch nochmals vergrößern.“



*Rudolf Henke, Vorstandsmitglied der Bundesärztekammer und 1. Vorsitzender des Marburger Bundes – Bundesverband und Landesverband NRW/Rheinland-Pfalz*

Ludger Risse, Vorsitzender des Pflegerats NRW, unterstrich die Folgen der permanenten Unterfinanzierung der Krankenhäuser und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Patienten: „Wenn heute ein kranker und vielfach hilfsbedürftiger Mensch



*Ludger Risse, Vorsitzender des Pflegerats NRW*

in die Klinik kommt, kann er nicht mehr darauf vertrauen auch pflegerisch so versorgt zu werden, wie es für seine Genesung dringend notwendig wäre. Es ist beschämend, dass die Politik dieses wissentlich zulässt und die Verantwortlichen in den Kliniken mit diesem Dilemma im Regen stehen lässt! Unsere Patienten und unsere überforderten Mitarbeiter in den Kliniken brauchen jetzt angemessene und verlässliche Arbeitsbedingungen.“

Dr. med. Günter R. Clausen, Vorsitzender der Dienstnehmerversammlung der Arbeitsrechtlichen Kommission des Deutschen Caritasverbandes in NRW,

forderte auch für die kirchlichen Mitarbeiter der Diakonie und der Caritas in NRW eine bessere Ausstattung der Krankenhäuser mit finanziellen Mitteln, da die kirchlichen Mitarbeiter jahrelang keine Vergütungserhöhungen erhalten hätten. „Die Preise für Lebensmittel, Energie, Mieten mit Nebenkosten und die Mehrwertsteuererhöhung und die noch bevorstehenden Preissteigerungen im Herbst dieses Jahres können durch die gezahlten Gehälter im Krankenhaus nicht mehr ausgeglichen werden“ betonte Dr. Clausen, der auf die persönliche Zuwendung als unverzichtbarer Bestandteil der Behandlung und Pflege hinwies. Zu weiterem Personalabbau dürfe es deshalb nicht kommen.



Dr. med. Günter R. Clausen, Vorsitzender der Dienstnehmervertretung der Arbeitsrechtlichen Kommission des Deutschen Caritasverbandes in NRW, sprach auch in Abstimmung für die kirchlichen Mitarbeiter der Diakonie

## Das Aktionsbündnis NRW

Dem Aktionsbündnis gehören folgende Verbände und Institutionen an:

- Arbeitsgemeinschaft der Mitarbeitervertretungen des Diakonischen Werkes der Ev. Kirche von Westfalen
- Ärztekammer Nordrhein
- Ärztekammer Westfalen-Lippe
- dbb beamtenbund und tarifunion
- Dienstnehmervertretung der Arbeitsrechtlichen Kommission des Dt. Caritasverbandes in NRW
- Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen
- Marburger Bund Landesverband Nordrhein/Rheinland-Pfalz
- Pfliegerat NRW
- Verband kirchlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Rheinland-Westfalen-Lippe
- Verband der Krankenhausdirektoren Deutschlands eV Landesgruppe NRW
- Verband der leitenden Krankenhausärzte/Landesverband NRW
- Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft – ver.di/Landesbezirk NRW



## **Resolution des Aktionsbündnisses NRW zur „Rettung der Krankenhäuser – Der Deckel muss weg!“**

Das Aktionsbündnis NRW hat eine Resolution verabschiedet, in der die gemeinsamen Zielsetzungen und Forderungen formuliert sind:

*Täglich kommen die über 230.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die über 18.000 Auszubildenden in den 432 nordrhein-westfälischen Krankenhäusern ihrer sozialen und ethischen Verantwortung nach und sichern rund um die Uhr die Gesundheitsversorgung ihrer rund vier Millionen Patienten: Wir brauchen unsere Krankenhäuser, die für das den Menschen wichtigste Gut sorgen – die Gesundheit!*

*Auch die Politik muss endlich die Bedeutung der Krankenhäuser für unsere Gesellschaft und die Bedeutung der Krankenhäuser für das Gesundheitswesen erkennen. Die Krankenhäuser*

- stellen in der Versorgungskette vor allem für Schwerkranke einen wesentlichen Teil der medizinischen Versorgung sicher,*
- sind Motor des medizinischen Fortschritts und der Innovationen in der Medizin und im Bereich der Medizintechnik,*
- sorgen mit ihrem Anteil an der Ausbildung von Medizinstudentinnen und Medizinstudenten für den Nachwuchs für die ärztliche Versorgung,*
- garantieren bundesweit viele tausend Ausbildungsplätze für qualifizierten Nachwuchs,*
- sind in vielen Orten der größte Arbeitgeber und ein bedeutender Faktor für die Wirtschaftskraft ganzer Regionen.*

*Damit die Krankenhäuser auch weiterhin dieser Verantwortung gerecht werden*

*und auch zukünftig die ihnen anvertrauten Patientinnen und Patienten auf hohem Qualitätsniveau optimal versorgen können, brauchen die Krankenhäuser eine ordentliche und nachhaltige Finanzierung. Die Politik muss sich ihrer Verantwortung stellen und muss die systematische finanzielle Unterdeckung als Folge festgeschriebener Preise und der Budgetdeckelung im Krankenhausbereich endlich beenden, sonst*

- droht der Abbau von weiteren Arbeitsplätzen,*
- haben Ärztinnen und Ärzte und Pflegekräfte noch weniger Zeit für ihre Patientinnen und Patienten,*
- kann die Qualität der deutschen Krankenhausmedizin nicht gehalten werden,*
- wird die kostendeckende medizinische Versorgung nicht mehr möglich sein.*

*Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Krankenhäusern haben einen berechtigten Anspruch auf angemessene Bezahlung. Weiterer Personalabbau und weitere Einsparungen sind den Krankenhäusern und ihren Patientinnen und Patienten nicht mehr zuzumuten. Wir brauchen jetzt mehr Arbeitsplätze – vor allem in der Pflege – und die kranken Menschen in unserem Land brauchen eine flächendeckende Versorgung durch Krankenhäuser in der bewährten Trägervielfalt.*

*Wir fordern deshalb gemeinsam und mit Nachdruck von Bund und Ländern:*

- Stoppt die Kürzungen,*
- Weg mit dem Deckel auf den Krankenhausbudgets*

- Ausgleich für steigende Energie- und Sachkosten
- Gegenfinanzierung der Tariflohnsteigerungen
- Mehr Geld für Arbeitsplätze und Nachwuchssicherung.

Die Verbände der Krankenhausträger und die Organisationen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wenden sich mit dem gemeinsamen Aktionsbündnis NRW zur Rettung der Krankenhäuser gegen das finanzielle Ausbluten der Krankenhäuser durch die 15-jährige Budgetdeckelung und treten für eine Lösung der systematischen finanziellen Unterdeckung im Krankenhausbereich ein.

Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, endlich ein Gesetz zur nachhaltigen Finanzierung der Krankenhäuser vorzulegen. Die Bevölkerung hat Anspruch auf eine leistungsfähige und patientenorientierte Krankenhausversorgung.

Die Resolution wurde vom Aktionsbündnis NRW parallel zur Pressekonferenz an Bundeskanzlerin Angela Merkel, an Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt, an die Mitglieder des Gesundheitsausschusses des Deutschen Bundestages sowie auf Landesebene an den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Dr. Jürgen Rüttgers, den Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Karl-Josef Laumann sowie den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW übermittelt.

**Für unsere Krankenhäuser!**

# Großdemonstration in Berlin

**Do., 25.09.2008, 13:00 Uhr, Brandenburger Tor**

**Für gesunde Krankenhäuser!**

**Gegen das Spardiktat der Politik!  
Es reicht – wir gehen auf die Straße!**

**Aktionsbündnis + Rettung der Krankenhäuser**

[www.rettung-der-krankenhaeuser.de](http://www.rettung-der-krankenhaeuser.de)

## Auf nach Berlin!! – Auf nach Berlin!! – Auf nach Berlin!!!!

Gemeinsam haben die Mitglieder des Aktionsbündnisses in ihren Verbänden und Institutionen zu einer breiten Teilnahme an der Großdemonstration am 25. September 2008 in Berlin aufgerufen. Das Aktionsbündnis NRW sowie die am Bündnis beteiligten Verbände und Institutionen wollen die massiven Probleme der Krankenhäuser und ihrer Mitarbeiter aufgrund der finanziellen Unterdeckung aus den Regionen in die Bundeshauptstadt transportieren und einen Veränderungsdruck in der Bundespolitik erzeugen.

So hat der KGNW-Geschäftsführer Richard Zimmer immer wieder betont, dass die Veranstaltung in Berlin zu einer machtvollen Demonstration der Krankenhäuser werden muss. Zum Erfolg der Demonstration könnten alle Beteiligten beitragen, wenn sie ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Teilnahme ermöglichen, so der KGNW-Geschäftsführer. Durch umfangreiche Informatio-



KG NW-Geschäftsführer Richard Zimmer

nen und intensive Motivationsarbeit im Vorfeld der Demonstration hat das Aktionsbündnis NRW erreicht, dass allein aus NRW über 11.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den nordrhein-westfälischen Krankenhäusern am 25. September 2008 nach Berlin reisen werden.

**Für unsere Krankenhäuser!**  
**Großdemonstration in Berlin**  
**Do., 25.09.2008, 13:00 Uhr, Brandenburger Tor**

**Gemeinsam fordern wir von den politisch Verantwortlichen:**

- Sofortige Streichung des Sanierungsbeitrags, der den Kliniken über 20 Millionen € pro Monat entzieht
- Volle Refinanzierung der Tarifsteigerungen 2008 und 2009
- Ausgleich für steigende Energie- und Sachkosten
- Schluss mit Nullrunden – Weg mit dem Deckel auf den Krankenhausbudgets
- Abbau des Investitionsstaus

**Das wollen die über 2.100 Krankenhäuser in Deutschland leisten:**

- flächendeckende 24 Stunden Versorgung
- wohnortnahe Qualitätsmedizin
- Zuwendung zum Patienten
- Hochleistungsmedizin auf neuestem Stand

**Das droht, wenn die Politik an ihrem Spardiktat festhält:**

- Abbau von Arbeitsplätzen
- gestresstes Personal – weniger persönliche Zuwendung
- Rationierung medizinischer Leistungen
- Wartelisten wie in anderen Ländern
- eingeschränkte Notfallbehandlung
- weite Anfahrtswege
- Überalterung der medizintechnischen Ausstattung

**Aktionsbündnis + Rettung der Krankenhäuser**

[www.rettung-der-krankenhaeuser.de](http://www.rettung-der-krankenhaeuser.de)



**Mehr Last für Krankenhäuser geht nicht**

Nach nie war die wirtschaftliche Lage der Krankenhäuser in Deutschland so schlecht wie heute. Immer mehr Kliniken schreiben rote Zahlen und können die Tarifverträge nicht mehr erfüllen. So kam es nicht weitergehen.

- ca. 7 Mrd. € nicht refinanzierbare Kosten (Mehrwertsteuererhöhung, Energiekostenanstieg und Lohnerhöhungen)
- seit Jahren Vergütungszuwächse unter 1 Prozent durch anhaltende gesetzliche Deckelung
- Sparpolitik entzieht Kliniken Beträge in Milliardenhöhe
- seit Jahren anhaltender Rationalisierungsdruck mit 100.000 abgebauten Arbeitsplätzen und Klinikschließungen
- weltweit höchste Arbeitsdichte

Noch mehr Rationalisierung geht nicht. Die Zitrone ist ausgequetscht. Die Patienten spüren längst die Folgen der Sparpolitik. Sie gefährdet die Qualität der Medizin, macht die Arbeitsplätze unattraktiv und behindert den medizinischen Fortschritt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kliniken haben Anspruch auf angemessene Bezahlung.

**Die Krankenhäuser brauchen Hilfe. Die Politik muss handeln.**

**Gegen das Spardiktat der Politik!**  
**Es reicht – wir gehen auf die Straße!**

Für gesunde Krankenhäuser!



## **Reaktionen der CDU-Landtagsfraktion und der Grünen im Landtag NRW auf das Aktionsbündnis NRW: Eine qualitativ hochwertige und quantitativ ausreichende medizinische Versorgung in NRW sicherstellen (CDU) Krankenhäuser brauchen solide Finanzierung (Grüne NRW)**

In Pressemitteilungen haben die CDU-Landtagsfraktion und die Fraktion die Grünen NRW auf die Gründung des Aktionsbündnisses NRW zur „Rettung der Krankenhäuser – Der Deckel muss weg!“ reagiert.

Der gesundheitspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Norbert Post betonte in einer Pressemitteilung seiner Fraktion: „Die CDU-Landtagsfraktion unterstützt die Warnung der NRW-Krankenhäuser vor einem finanziellen Ausbluten. Wir setzen uns gemeinsam mit Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann für die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen und quantitativ ausreichenden medizinische Versorgung in Nordrhein-Westfalen ein. Dazu haben wir vor der Sommerpause einen entsprechenden Entschließungsantrag ins Plenum eingebracht. In diesem haben wir auf die bestehenden finanziellen Defizite sowohl im stationären wie auch im ambulanten Gesundheitsbereich hingewiesen.“

Die medizinischen Folgen der demographischen Entwicklung und des mit ihr einhergehenden Wandels der Bedarfe der Bevölkerung würden ohne eine qualitativ hochwertige und quantitativ ausreichende Anzahl von Fach- und Hausärzten nicht bewältigt werden können, so der Gesundheitsexperte weiter. Hierbei existierten zum Teil große Unterschiede zwischen dem ländlichen Bereich und den Ballungsgebieten. Vor allem die hausärztliche Versorgung könne schon in wenigen Jahren gefährdet sein.

Post hob hervor, dass eine angemessene ambulante wie stationäre Versorgung eine wichtige Voraussetzung sei, um die

Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger in unserer Gesellschaft auch in Zukunft zu erhalten. Daher habe die CDU-Landtagsfraktion nicht nur eine Verbesserung der Finanzierung der Krankenhäuser, sondern auch des ambulanten Bereiches gefordert.

Darüber hinaus habe die NRW-Landesregierung zusammen mit den Ländern Bayern und Baden-Württemberg bereits im Juni diesen Jahres eine gemeinsame Entschließung in den Bundesrat eingebracht, so Post. Demnach bitte der Bundesrat die Bundesregierung, die angespannte finanzielle Situation der Krankenhäuser zu verbessern, indem in einem entsprechenden Gesetzgebungsverfahren

- der durch das Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-WSG) eingeführte Sanierungsbeitrag zugunsten der Gesetzlichen Krankenversicherung aufgehoben wird und
- den Krankenhäusern die Möglichkeit eröffnet wird, ihre steigenden Kosten – insbesondere aufgrund der jüngsten Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst – zu refinanzieren.

Sowohl die CDU-Landtagsfraktion als auch die Landesregierung räume jeglichem Gesundheitsschutz einen sehr hohen Stellenwert zugunsten aller Bürgerinnen und Bürger in NRW ein, so Post abschließend.

### **Grüne NRW unterstützen Ziele des Aktionsbündnisses zur Rettung der Krankenhäuser**

In einem Brief an die Mitglieder des Aktionsbündnisses in NRW und auf Bundesebene hat die Vorsitzende der Grünen NRW, Daniela Schneckenburger, die Unterstützung der Grünen NRW bekundet.

„Das Aktionsbündnis steht für den breit getragenen Protest gegen die Deckelungspolitik der großen Koalition aus Union und SPD. Auch wir sind gegen die Budgetdeckelung, die den 437 Krankenhäusern in NRW massiv geschadet hat“, erklärte Schneckenburger und unterstrich die Forderung ihrer Fraktion nach einer kurzfristigen einmaligen Anhebung des Budgets um 50% zur Lösung der akuten Not der Kliniken.

Die Vorsitzende der Grünen NRW betonte, dass es neuer Richtgrößen bedürfe, die die Grundlohnsumme für die Bud-

gets, also die Regelung die die Preisentwicklung der Klinikleistungen deckele, ersetze. Das Eckpunktepapier der Bundesgesundheitsministerin, das nach der Tagung der Gesundheitsminister in Plön vorliege, gehe an dieser Stelle in die richtige Richtung.

Langfristig bedürfe es außerdem eines Plans, wie der entstandene Investitionsstau abgebaut werden könne, so Schneckenburger. Die Landesregierung müsse die Investitionsförderung umgehend ändern. Allein in NRW habe sich ein Investitionsstau von 14 Milliarden Euro angesammelt, der durch die derzeitige Pauschalierung von Landesgesundheitsminister Laumann entgegen seiner vollmundigen Bekundungen nicht den Notwendigkeiten entsprechend abgearbeitet werden könne. „Die Kliniken – vor allem die kommunalen Kliniken – müssen aber dringend investieren, um wettbewerbs- und überlebensfähig bleiben zu können“, hob die Vorsitzende hervor.

### **Vielfältige Aktionen der nordrhein-westfälischen Krankenhäuser im Rahmen des Aktionsbündnisses zur „Rettung der Krankenhäuser – Der Deckel muss weg!“**

Um ihrer Forderung nach Abschaffung der Budgetdeckelung als eine zentrale Ursache der gravierenden Unterfinanzierung Nachdruck zu verleihen, haben zahlreiche Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen regionale und örtliche Aktionen zur Unterstützung des bundes- und landesweiten Bündnisses „Rettung der Krankenhäuser“ durchgeführt. Thematisiert und dargestellt wurden die Situation der Beschäftigten insbesondere des Pflegepersonals in den Krankenhäusern sowie auch die Auswirkungen auf die Patienten als Folge der Unterfinanzierung. Mit ihren Aktionen unterstützten die Krankenhäuser ein Ziel des Aktionsbündnisses NRW, mit kurzfristigen dezentralen Aktionen in NRW den For-

derungen der Krankenhäuser nach einem Stopp der Kürzungen und dem Wegfall der Budgetierung sowie dem finanziellen Ausgleich für steigende Energie- und Sachkosten bis zur bundesweiten Großdemonstration in Berlin am 25. September 2008 Nachdruck zu verleihen.

Mit vielfältigen Aktionen wie „Fahrradkorso“, „Krankenhäuser gehen baden“, Tagespraktika für Landtagsabgeordnete, Pressekonferenzen, Diskussionsforen, Personalversammlungen usw. beteiligen sich die nordrhein-westfälischen Krankenhäuser an den Umsetzungsmaßnahmen des Aktionsbündnisses NRW wie auch folgende Beispiele zeigen:

Gemeinsam wehrten sich die drei Krankenhäuser in Solingen gegen die weitere Deckelung ihrer Budgets. Vor der Arbeitsagentur in Solingen verteilten die Geschäftsführer und zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der drei Krankenhäuser Aktionsflugblätter und wiesen darauf hin, dass bei einer weiteren Budgetdeckelung über kurz oder lang Häuser schließen müssten. „Wenn die finanzielle Deckelung so weitergeht wie bisher, können wir nicht verhindern, dass unsere Mitarbeiter hier auch vorstellig werden“, sagte Klaus-Peter Fiege – Geschäftsführer des Kplus-Verbundes, zu dem die St. Lukas Klinik in Solingen gehört – mit Verweis auf das Arbeitsamt. Denn die Zahlungen der Krankenkassen reichten bei Weitem nicht aus, um die ständig steigenden Kosten zu decken.

kums. Sonst sei die bisherige hochwertige medizinische Versorgung in Solingen in Gefahr. Schon jetzt seien die drei Krankenhäuser weit über Gebühr ausgelastet. „Im Krankenhaus Bethanien sind regelmäßig 120 statt der eigentlich vereinbarten Bettenzahl von 100 belegt“, berichtete Geschäftsführer Eckhard Rieger. Der medizinische Fortschritt und neue technische Geräte würden erst recht nicht adäquat vergütet.

Mit unterschiedlichen Aktionen wurde in Leverkusen auf die Unterfinanzierung der Krankenhäuser aufmerksam gemacht. Bei ihrer Aktion „Deckel einfach wegschaufeln!“ informierten die drei Leverkusener Krankenhäuser an einem gemeinsamen Informations- und Aktionsstand in der Leverkusener City



*Seite an Seite standen Chefs und Beschäftigte der drei Solinger Kliniken vor dem Arbeitsamt, um Passanten auf die Gefährdung der wohnortnahen medizinischen Versorgung aufmerksam zu machen.*

„Die Fallzahlen steigen, aber die Einnahmen gehen real zurück. Da müssen die Politiker in Berlin umgehend handeln“, forderte Hans-Joachim Fietz-Mahlow, Geschäftsführer des Städtischen Klini-

über die Ursachen und Folgen der Unterfinanzierung. Unter dem Motto „Die Deckel müssen weg – und deshalb werden sie weggeschaufelt“ griffen (v.l.n.r.) Peter Ippolito, Pflegedirektor Klinikum



Leverkusen, Ernst Küchler, Oberbürgermeister von Leverkusen, Hans Peter Zimmermann, Geschäftsführer Klinikum Leverkusen, Hans Hötte, Geschäftsführer Sankt Josef und Remigius Krankenhaus, Willi Oberländer, Gewerkschaftssekretär ver.di Bezirk Rhein Wupper, Wolfgang Stückle, Betriebsratsvorsitzender, gemeinsam zu den Schaufeln.

Als weitere Protestveranstaltungen führten Beschäftigte, Betriebsrat und Geschäftsführung gemeinsam eine Personalversammlung und eine Podiumsdiskussion durch. Hier wurden die unzureichende Refinanzierung der Personal- und Sachkosten aufgrund der Budgetdeckung und als Folge der Unterfinanzierung der Personalabbau und der Aus-



v.l.n.r. Joachim Finklenburg, Geschäftsführer der Kliniken Oberberg/Gummersbach und Vertreter des Kommunalen Arbeitgeberverbandes; Ellen Paschke, Bundesvorsitzende ver.di und Vorsitzende des Bundesfachbereichs Gesundheitswesen; Hubert Kleff, Mitglied der CDU-Landtagsfraktion/Mitglied im Landtagsausschuss Arbeit, Gesundheit und Soziales; Prof. Dr. Karl Lauterbach, Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion und Gesundheitsexperte



(v.l.) KGNW-Geschäftsführer Richard Zimmer, Dr. Dorothea Prütting, Abteilungsleiterin für Gesundheit im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW; Sylvia Bühler, ver.di-Fachbereichsleiterin Gesundheit in NRW; Cornelia Prüfer-Storcks, Vorstandmitglied der AOK Rheinland/Hamburg; Dr. Klaus Theo Schröder, Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit diskutierten mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Klinikkonferenz in Mülheim/Ruhr



v.l.n.r.: Hans Peter Zimmermann, Geschäftsführer Klinikum Leverkusen; Oliver Bredel, Geschäftsführer SANA Klinikum Remscheid, Dr. Emil Vesper, Hauptgeschäftsführer des Kommunalen Arbeitgeberverbandes NRW im Gespräch

stieg der Kliniken aus den Tarifverträgen thematisiert. Ein weiteres zentrales Thema war die stetige Steigerung der Patienten-Fallzahlen sowie die damit verbundene zunehmende Belastung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, sodass im Ergebnis immer weniger Beschäftigte immer mehr Aufgaben bewältigen müssen.

Die rote Karte zeigten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des St. Christophorus-Krankenhaus in Werne Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt am 9. September 2008. Um Punkt fünf vor zwölf schickten sie 200 Rote Karten, befestigt an einem blauen Luftballon, in Richtung Berlin. So geht es nicht weiter, machten Geschäftsführer Michael Goldt

und Pflegedirektor Ludger Risse ihrem Protest Luft. Nach 15 Jahren unter dem Budgetdeckel gehe den Krankenhäusern nun die Luft aus, lautete der Vorwurf an die Ministerin. Auch das Werner Krankenhaus leide unter der Deckelung der Krankenhäuser.

Auf der ver.di-Klinikkonferenz in Mülheim/Ruhr Mitte August standen die gravierenden Folgen der finanziellen Unterdeckung der Kliniken für die Personalsituation im Mittelpunkt der Diskussion. Vor Personal- und Betriebsräten zahlreicher nordrhein-westfälischer Kliniken forderte KGNW-Geschäftsführer Richard Zimmer, sofortige Finanzhilfen für die Krankenhäuser und betonte, dass die Belastung für das Personal ein unerträgliches Maß erreicht habe und ver.di-Fachbereichsleiterin Gesundheit in



NRW Sylvia Bühler verwies auf das steigende Fehlerrisiko. Ursache dafür sei die unzureichende personelle Besetzung.

In der Innenstadt von Bielefeld demonstrierten bereits Anfang Juni 2008 über 200 Beschäftigte aus mehreren Krankenhäusern in Bielefeld (darunter aus Bielefeld die Städt. Kliniken, das Evangelische Krankenhaus und das Franziskus Hospital), Gütersloh, Herford und Min-

den gegen die Deckelung der Krankenhausfinanzierung unter dem Motto „Der Deckel muss weg“. Es war eine der ersten Aktionen in NRW bei der die Gewerkschaften und Mitarbeitervertretungen sowie die Arbeitgeber gemeinsam demonstrierten. Diese Aktion bildete mit den Auftakt in NRW für weitere zahlreiche dezentrale Aktivitäten einzelner Krankenhäuser oder im Verbund mit anderen Kliniken vor Ort und in der Region.



Gemeinsam demonstrierten in Bielefeld Fachbereichsleiterin Sylvia Bühler, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft – ver.di Landesbezirk Nordrhein-Westfalen, (Dritter v.l.) Thomas Trettin, Gewerkschaftssekretär des Bezirks Bielefeld/Paderborn, und Dr. Johannes Kramer (li.), Geschäftsführer der Städt. Kliniken Bielefeld und Vizepräsident der KGNW, der viel Beifall für seinen Redebeitrag erhielt.



## Krankenhausinvestitionen in NRW: Dissens zwischen ver.di und NRW-Gesundheitsminister Laumann

Die Gewerkschaft ver.di solle nicht die Tatsachen verdrehen; die Landesregierung setzte sich vehement für die nord-

rhein-westfälischen Krankenhäuser ein. Mit diesen Worten reagierte der nordrhein-westfälische Minister für Arbeit,

Gesundheit und Soziales, Karl-Josef Laumann, auf eine Pressemitteilung der ver.di-Fachbereichsleiterin in NRW, Sylvia Bühler, die den Plan der Landesregierung, die Investitionskosten für die Krankenhäuser im Jahr 2009 weiter zu kürzen, als eine „unerträgliche Verschärfung der Krankenhausmisere in Nordrhein-Westfalen“ bezeichnete.

In der ver.di-Pressemitteilung heißt es, dass nach Informationen der Gewerkschaft Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann die Mittel für Neuinvestitionen trotz des vorhandenen Investitionsstaus von 210 auf 195 Millionen Euro zurückschrauben wolle. Schon heute werde die Patientenversorgung immer schlechter, weil Gelder nicht für dringend notwendiges Personal ausgegeben, sondern in Investitionen gesteckt werden, um die größten Löcher zu stopfen, erklärte Bühler. Die Folge seien völlig überlastete Krankenschwestern und allein gelassene Patienten. Die unzureichende Finanzierung der Krankenhäuser könne man nicht mehr durch immer stärkere persönliche Belastungen ausgleichen.

Während Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt versuche, mit den Ländern ein Gesetz auf den Weg zu bringen, das den Krankenkassen mehr finanzielle Luft verschaffen soll, torpediere die NRW-Landesregierung die Bemühungen durch Mittelkürzungen, betonte die Gewerkschaftlerin.

Bühler wies in ihrer Mitteilung darauf hin, dass sich mit einer Protestwelle jetzt Krankenhausbeschäftigte mit der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft bundesweit für eine bessere Krankenhausfinanzierung einsetzen. In vielen der über 400 Krankenhäuser in NRW fanden Versammlungen statt, um die personelle und finanzielle Situation in den Kliniken zu beraten. Zudem werde die Bevölkerung durch Aktionen und Infostände über die Situation aufgeklärt.

In seiner Reaktion auf die ver.di-Pressemitteilung erklärte Minister Laumann, dass die rund 400 Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen nicht zur Konsolidierung des Landeshaushaltes beitragen mussten und müssen. Im Gegenteil: Die neue Landesregierung habe das politische Ziel, den Landeshaushalt zu konsolidieren. Von dieser Zielsetzung seien die Krankenhäuser von Anfang an ausgenommen worden, so der NRW-Minister. Seit dem Regierungswechsel 2005 hätten die Krankenhäuser sogar circa 180 Millionen Euro mehr erhalten als die alte rot-grüne Landesregierung vorgesehen hatte.

In der Pressemitteilung des MAGS betonte Minister Laumann, dass diese Haushaltsmittel notwendig gewesen seien, um alle Rechnungen für die bis einschließlich 2005 bewilligten Baumaßnahmen begleichen zu können.

2008 könnten erstmals wieder Mittel für neue Baumaßnahmen bereitgestellt und 100 Millionen für die Baupauschale ausgezahlt werden. Die weiteren Haushaltsmittel fließen in die Finanzierung von Baumaßnahmen, die bereits die alte rot-grüne Landesregierung bewilligt habe, so Minister Laumann.

Wenn ver.di jetzt behaupte, nächstes Jahr kürze die Landesregierung die Förderung für die Krankenhäuser, sei das schlicht falsch. Ausgehend von den Ansätzen der alten Landesregierung würden die Krankenhäuser jährlich 470 Millionen Euro erhalten. Der Haushaltsentwurf 2009 siehe aber 495 Millionen Euro vor. Offensichtlich sei ver.di ein Rechenfehler unterlaufen. Die nordrhein-westfälischen Krankenhäuser erhielten jährlich mindestens 20 Millionen Euro mehr als zu Zeiten der rot-grünen Landesregierung, so Minister Laumann in seiner Pressemitteilung weiter.

Ver.di solle sich über den Adressaten seiner Protestaktion einmal Gedanken

Herausgeber:  
Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen (KGNW),  
Kaiserswerther  
Straße 282,  
40474 Düsseldorf  
Verantwortlich:  
Staatssekretär a.D.  
Richard Zimmer,  
Geschäftsführer  
der KGNW  
Redaktion:  
Lothar Kratz,  
(Referat Politik/  
Presse der KGNW),  
Telefon  
(02 11) 4 78 19-0,  
Telefax  
(02 11) 4 78 19-99.  
Druck:  
Hans Horn oHG,  
Satztechnik und  
Offsetdruck,  
40239 Düsseldorf,  
Telefon  
(02 11) 9 08 11 10.

Erscheinungsweise  
5 mal im Jahr.

Erscheinungs-  
datum:  
12. Ausgabe,  
19. Sept. 2008

Der Bezugspreis  
für ein Exemplar je  
Ausgabe ist im  
Mitgliedsbeitrag  
enthalten.

Jahr	Kurzfristige Investitionsförderung	Bauinvestitionsförderung	Gesamtausgaben (Plan) der neuen Landesregierung	Haushaltsansätze gesamt der alten Landesregierung
2005	311,2 Mio. €	198,6 Mio.€	509,8 Mio. €	480 Mio. €
2006	300 Mio. €	240 Mio. €	540 Mio. €	470 Mio. €
2007	300 Mio. €	210 Mio. €	510 Mio. €	470 Mio. €
2008	300 Mio. €	210 Mio. €	510 Mio. €	470 Mio. €
2009	300 Mio. €	195 Mio. €	495 Mio. €	470 Mio. €

machen. Kein Wort verliere ver.di darüber, dass es die nordrhein-westfälische Landesregierung war, die auf der letzten Gesundheitsministerkonferenz dafür gesorgt habe, dass eine Blinddarm-Operation in Nordrhein-Westfalen künftig nicht mehr mit 200 Euro weniger vergütet werden solle als im benachbarten Rheinland-Pfalz.

Der Landesbasisfallwert für Rheinland-Pfalz liege bei 2.956,53 Euro, der nordrhein-westfälische Landesbasisfallwert nur bei 2729,00 Euro. Ver.di solle zusammen mit der Landesregierung dafür sorgen, dass nordrhein-westfälische Krankenhäuser nicht neun Prozent weniger für eine gleiche medizinische Leistung erhielten. Neun Prozent Preisunterschied hieße auch, dass neun Prozent weniger für Personalausgaben zu Verfügung stünden, erklärte der Minister abschließend.

In der Diskussion über die Investitionskostenfinanzierung durch die Länder hat die KGNW immer wieder darauf hingewiesen, dass die Krankenhäuser nicht nur an der Auszehrung durch die Spargesetze leiden, sondern dass auch die Investitionsmittelbereitstellung durch die Länder enorme Probleme macht:

- Seit Jahren werden immer weniger Mittel bereitgestellt, obwohl Investitionen der Schlüssel für wirtschaftlichen Wandel und unabdingbare Voraussetzungen für den medizinischen Fortschritt sind.

- Durch das Gutachten von Prof. Dr. Bert Rürup im Auftrag des Bundesgesundheitsministeriums wird Unterfinanzierung bei den Investitionsmitteln der Krankenhäuser wissenschaftlich bestätigt. Demnach haben die Länder den Kliniken im Jahr 2006 nur noch 2,7 Milliarden Euro Investitionskosten bereitgestellt. Dies ist zum elften Mal in Folge ein Rückgang. Im Vergleich zu 1991 (3,6 Mrd. Euro) fuhren die Länder die Krankenhausfinanzierung um real (minus) 44,3 Prozent zurück.
- Die Bundesregierung hat auf der Basis des Rürup-Gutachtens konstatiert, dass die Investitionsmittel bundesweit auf 5 Mrd. Euro aufgestockt werden müssen. Nach Zahlen aus dem BMG ergibt sich daraus für die NRW, dass die Landesregierung für dringend notwendige Investitionen in den Krankenhäusern jährlich zusätzlich 696,13 Millionen Euro an Fördermitteln zur Verfügung stellen muss.
- Die Erhöhung der Investitionsmittel für dringend notwendige Baumaßnahmen ist auch wegen des bereits bestehenden Investitionsstaus Euro dringend nötig. Im Vergleich zur Krankenhausförderung in Bayern ist in NRW seit 1972 ein Investitionsstau von 14,6 Milliarden Euro aufgelaufen. Das sind circa 32 Millionen Euro pro Krankenhaus.